

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis:** Für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4586. — **Postfachpostnr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13093. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4586

**Inseratenpreis:** Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten für die Seite 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Freikorps-Gefahr.

### Der Staatskommissar „beruhigt“.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor den Vertretern der Presse gab der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann, eine Darstellung der politischen Lage. Er führte aus, daß eine eigentliche Putschgefahr weder von rechts noch von links bestehe. An einen Gewaltschrei der Unabhängigen vor den Wahlen sei nicht zu denken, da diese von den Reichstagswahlen eine außerordentliche Stärkung ihrer Partei erwarten. Auch die Kommunisten hätten sich durch die Beteiligung an den Wahlen auf den Boden der Verfassung gestellt, die kommunistische Arbeiterpartei wolle allerdings gewaltsame Mittel zur Durchföhrung ihrer Macht anwenden. Sie sei aber so schwach, daß sie nichts erreichen könnte. Es bestehe nur die Gefahr, daß Vorkämpfe, wie im Falle Billa, auf eigene Gefahr vorgehen, um Gegenaktionen bei der Rechten hervorzurufen. Die Gefahr des Reichsputschs erlosche, der Reichskommissar nicht in einer bestimmten Organisation, sondern in der Tatsache, daß die Auflösung der Freikorps und ähnlicher militärischer Formationen bisher nicht zu einer völligen Beseitigung geführt hat, sondern daß vielfach noch bewaffnete Banden auf dem platten Land transportiert werden. Der Reichskommissar warnt vor dem Frontbund. Eine gewisse Gefahr bestehe auch darin, daß durch eine Wirtschaftskrisis Tausende von Arbeitern brotlos gemacht werden können und damit leicht gefährliche Elemente zum Vorschein kämen.

Der Reichswehrminister schreibt, daß er sich den öffentlichen Auffassungen des Staatskommissars nicht anschließen könne. Er weist auf die Lage vor dem Rapp-Putsch hin; daß die Regierung auch damals behauptet habe, daß ihr genügend Machtmittel zur Verfügung ständen, um jeden Aufstandsversuch zu unterdrücken. Die Freiheit schreibt weiter, von der Regierung muß verlangt werden, daß sie endlich ihre vertrauensvolle Haltung gegenüber den Reichsputschisten aufgibt, und schließlich die Vereinbarungen durchführt, die nach dem Rapp-Putsch zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und den Arbeiterorganisationen zur Verhinderung der Wiederholung ähnlicher Ereignisse getroffen worden sind.

Aus anderer Quelle erfahren wir, daß der Herr Staatskommissar die Gutsbesitzer in Pommern und Ostpreußen, die bewaffnete Volksmiliz und andere Freiwillige auf ihren Gütern haben, als harmlose Leute hingestellt hat, die sich bloß bei einem von ihnen befürchteten Kommunistenputsch nicht abschlagen lassen wollten, aber nicht an Aufstand denken.

Es gehört ein starker Glaube dazu, diese Versicherung des Herrn Kommissars für wahr zu nehmen. Wir haben ihn nicht!

Weiter den Frontbund erhält der Vorwärts aus Münster die folgende interessante Mitteilung:

Bei der Untersuchung über den Frontbund wurde Herr General Seedi gut tun, auch einmal seinen ehemaligen Kollegen, General v. Watter, zu besuchen, der, obwohl des Dienstes entbunden, immer noch die militärischen Fäden in Westfalen in der Hand hat. Er residiert nach wie vor im Schloß in Münster, benutzt die Autos und hat ein ganzes Privatbureau eingerichtet, in dem vier Offiziere Tag und Nacht arbeiten, dazu das nötige Personal, sowie drei handliche Schreibmaschinen. Bezüglich der Staat diese Leute, damit sie bei Exzellenz Watter Privatpolitik treiben. Der Leiter des Bureaus ist Hauptmann von Bock und Polach. Er wohnt auch im Schloß und ist in den Verhältnissen des Frontbundes als Rechner aufgetreten.

Dies besteht also eine ganz deutliche Verbindung zwischen Watter und dem Frontbund, der nachzugehen sich vielleicht lohnen würde.

Das rechtssozialistische Blatt in Münster, der Volkswille, berichtet über eine Unterredung mit dem Unteroffizier Stolberg vom 2. Marine-Regiment der Brigade Ehrhardt, Sturmabteilung Hoffmann; Stolberg, der als Kapitän für den Frontbund auftritt, war mit zahlreichem Aufwärtigen und Urlaubsscheinen versehen. Die Antwort ermächtigt ihn, für den Frontbund zu werben und Geldspenden einzuziehen; sie waren namens des Arbeitsausschusses des Frontbundes, Zentralstelle Paderborn, mit „Schmidhäuser“ oder „v. Pfeiffer“ unterzeichnet. Die durchweg nicht angelegentlich Urlaubsscheine stammen von der Brigade Ehrhardt, einem Reichswehr-Infanterie-Regiment und dem Jägerbataillon 16; sie waren zum Teil von Leutnant Graf v. Schwertin unterzeichnet. Stolberg erklärte, er bekomme in Münster sein Geld vom Hauptmann v. Bock (siehe oben), Batteriechef in der Reichswehrbrigade 7, sowie von anderen militärischen Dienststellen und auch von Mittelstandsleuten.

Der Frontbund sei an sich völlig unpolitisch (!!), aber nach den Wahlen solle es nur zwei Möglichkeiten geben: entweder eine Regierung, in der die Deutschnationale Volkspartei überwiege, oder, wenn das nicht zustande kommen sollte, eine Militärdiktatur. Eine Regierung aus den letzten Mehrheitsparteien werde der Frontbund unter keinen Umständen dulden. In acht Wochen würden wir allerlei Dinge erleben. Vom Osten käme das Zeichen zum Vordringen. Die Offiziere händen selbstverständlich hinter der Sache, die Mannschaften noch nicht durchweg, sie würden aber hoffentlich auch gewonnen werden, ebenso wie es schon alle Freiwilligenformationen seien. Der Frontbund werde ganz offen die Gegenrevolution vor, seine Werber hätten keine Angst vor einer

Verhaftung, denn selbst wenn diese vorgenommen würde, würde die Zentralstelle des Frontbundes für gewaltsame Beseitigung der Werber aus der Haft Sorge tragen.

Die Neuanwerbungen für die Freikorps dauern an. Ein ganzes Meer von Werbern durchstreift gegenwärtig die Städte und versucht, Arbeitslose für die Wehrmacht zu überrn. Die Werber bedienen sich dabei gefälschter Urlaubsscheine, ein Beweis dafür, daß die Verbungen gerade in zwecklos blenden. Die Neuanwerbungen werden zur Zeit meist in das Senne Lager geleitet. Dort, am Rande des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, soll eine große Truppenmacht zusammengezogen werden, die bei Ausbruch der Gegenrevolution das Ruhrgebiet besetzen und die Militärdiktatur sichern soll. Als Beweis für die geheimen Verbungen werden zwei Dokumente veröffentlicht.

#### Urlaubsscheine.

Stempel.  
Kommando 3. Marinebrigade.  
Deutsche Reichsmarine.

Der (Dienstgrad, Vor- und Zuname) von der (Komp., Regt. usw.) 3. Marinebrigade, wird hiermit vom 2. Mai 1920 bis einschließlich 17. Mai 1920 nach Pforzheim i. B. beurlaubt. Alle Behörden werden ersucht, ihn ungehindert reisen zu lassen und ihm nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren.  
Dortsch, den 1. Mai 1920.  
neg.: Berlin (Tobias), Leutnant und Komp.-Führer.

Ausweis zur Erlangung von Militärjahresheinen.

Der Infanterist R. D. (Name und Dienstgrad) ist berechtigt, für die einmalige Reise von B. nach Paderborn eine Militärjahreskarte zu lösen.

Zweck der Reise: Militärr zur Truppe.  
Dieser Ausweis gilt nur für den 15. Mai und die vier folgenden Tage.  
Sennelager, den 2. Mai 1920.

Heinz (Tobias), Leutnant und Komp.-Führer.

Im Zusammenhang mit den Verbungen für den Frontbund stehen die Vorgänge, über die die Berliner Volkszeitung berichtet. Das Blatt weist darauf hin, daß zwischen Bayern, Pommern, Ostpreußen und Westfalen ein regelrechter Stafendienst stattfindet. Auf den pommerschen und ostpreussischen Gütern werden täglich entlassene Soldaten eingestellt. Die Einwohnerwehren in Ostpreußen denken nicht an ihre Auflösung. In Königsberg hat sich ein besonderer Stoßtrupp gebildet, der aus 600 jungen Offizieren besteht. Die Reichsparteien stehen mit der Organisation des Umsturzes in enger Verbindung. Im Ostpreußen wird vor aller Öffentlichkeit über die kommenden Ereignisse gesprochen. Dort hat auch die Deutschnationale Volkspartei ihre Marke abgelegt und erklärt, daß sie den Versuch, die Regierungsform auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern, aufzugeben habe.

Pommern ist die Stütze zwischen Ostpreußen und Bayern. Offiziere spielen die Verbindungsmänner; auf jedem Gute, wo sich Soldaten befinden, ist zumindest ein Offizier vorhanden, der die Verbindung mit den andern Gütern aufrechterhält und für Liebermittlung der Nachrichten nach Ostpreußen, Bayern und Westfalen Sorge trägt. Auch die Bewaffnung der Agrarier macht weitere Fortschritte. Nicht nur in Pommern, Ostpreußen und Schlesien, sondern auch in der Mark Brandenburg erhalten die großen Güter Waffenverbunden. Es sind in den letzten Tagen von Flugplatz Neuenpin an Wissen des Hauptmanns des Reichswehrregiments und Munition auf die ungeliebten Dörfer verschoben worden. Von Berlin aus gehen ganze Wagenladungen von Bekleidungsstücken und Waffen in die Marken, Ostpreußen, Bayern und Westfalen. Die Einwohnerwehren sind auf dem Lande heute besser und stärker organisiert wie vor dem Rapp-Putsch. In Bayern allein umfassen sie zusammen mit den Freiwilligenformationen weit über 100 000 Mann.

Die rechtsstehende Presse ist über die Vorbereitungen für den neuen Umsturz genau unterrichtet. Um die Deffektivität herbeizuföhren, berichtet sie auftragsgemäß von bevorstehenden kommunistischen Putsch, von Mordplänen und terroristischen Maßnahmen der Putschparteien. Unter diesem Vorgesicht soll sich der Plan der Gegenrevolutionäre zur vollen Reife entwickeln.

#### Eine Versammlung des Frontbundes in Berlin.

Berlin, 26. Mai. (L. V.) Der Vorwärts berichtet, daß am Donnerstag in Berlin eine Versammlung des Frontbundes abgehalten wurde. Der Leiter war Hauptmann v. Pfeiffer. Außer ihm nahmen insgesamt 21 Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands teil, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Hauptmann v. Pfeiffer erklärte rühmheraus, daß die Gelder für den Frontbund von der Schwerindustrie geliefert werden. Bestätigt wurde, daß für das Freikorps Etkow dauernd zwei Werber in Berlin tätig seien. Als Zweck des Bundes wurde u. a. angegeben, daß man die Auflösung der Freiwilligenformationen und ihre Zusammenlegung bekämpfe, auf jeden Fall aber ein Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht in Anspruch nehmen wolle. Man beabsichtige als Beiträge für die Organisation einen Prozentsatz der Löhne von den Dienststellen einzuföhren zu lassen. Man will eine große Propaganda entfalten, um geschlossene Truppenteile zu sich herüberanziehen.

### Ein kapitalistischer Angriff.

Die augenblickliche Wirtschaftslage zeigt den Widerspruch der kapitalistischen Produktion wieder einmal im grellsten Lichte. Die Bewertung der deutschen Mark steigt im Auslande, ihre Kaufkraft nimmt zu, sie hat ihren unglücklichen Tiefstand überwunden. Jedermann sollte sich dessen freuen — so wäre anzunehmen. Statt dessen finden wir in der kapitalistischen Presse ein großes Wehgeschrei über die „Gefahr“, die Preise könnten etwas sinken. Sie sinken aber noch lange nicht. Und das Widersinnige der kapitalistischen Produktionsweise liegt nun darin, daß trotz steigender Valuta das Kapital bemüht ist, die Preise hochzuhalten. Und der weitere Widerspruch ist, daß die Produktion eingeschränkt werden soll und auch wird, nicht weil wir an einer Überproduktion leiden, an einem Zuviel an Produkten, sondern an einer Unterkonsumtion, an einem Zuwenig an Kaufkraft. Die Verbraucher erhoffen von dem Steigen der Valuta ein weiteres Sinken der Preise; sie halten deshalb mit den Käufen zurück, soweit es sich nicht um die Deckung des unumgänglich notwendigen Bedarfs handelt. Diese Einschränkung des Konsums hätte in einer sozialistischen Gesellschaft die Herabsetzung der Arbeitszeit für alle zur Folge, in der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet Einschränkung des Verbrauchs Entlassung von Arbeitern, Arbeitslosigkeit. Die Lager sind voll; Gebrauchsgüter sind in gewisser Menge da. Die Massen des werktätigen Volkes bedürfen der Kleidung, der Wohnung, der Nahrung, — aber diese schönen Dinge sind dem arbeitenden Volke nicht zugänglich, weil sein Lohn ja nur ein Teil des Gesamtprodukts ist, das es erzeugt, weil das schaffende Volk immer nur soviel von seinem Gesamtprodukt kaufen kann, wie die Lohnsumme beträgt.

In diesen kapitalistischen Verhältnissen schneit nun die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Grenze der Lohnforderungen, und die da besagt:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschuss-Sitzung am 20. Mai in eingehender Ausdrucksweise die neueste Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ersten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überfahren. Schon heute steht überall der Abstieg. Eine abermalige Steigerung der Gekostungslofen durch weitere Anstiege der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verengung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer bringen. Den Arbeitnehmern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zuacqbenemehmen nicht gebient. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.

Kein auch nur einigermaßen mit den Gesetzen der politischen Ökonomie Vertrauter verkennt, daß die Löhne eine gewisse Grenze nicht übersteigen können, daß sie in ihrer Gesamtsumme bestenfalls den gleichen Wert der hergestellten Gesamtprodukts darstellen. Womit freilich die kapitalistische, also auf Profit eingestellte Produktionsweise aufhören würde. Zu behaupten aber, diese Grenze sei erreicht, ist sinnlos. Allerdings — solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, wird diese Grenze sich nie erreichen lassen, da ohne Profit kein Schornstein raucht und ohne Profit kein Pflug über den Acker des Junkers zieht. Verkehrt wäre auch, etwa zu denken, durch Lohnsteigerungen die kapitalistische Produktionsweise „auszuwöhlen“. Das Kapital wird, solange es die politische und wirtschaftliche Kraft dazu hat, noch stets Gewinne aus der Produktion herauszuschlagen, kosten plus Profit. Wenn die Erklärung der Unternehmerverbände also betont, daß ein weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter eine abermalige Steigerung der Preise bewirken würde, so mag das wohl stimmen. Denn die Steigerung der Löhne wird stets als wirksamster Vorwand benutzt, die Preise erneut hinaufzuschrauben und so den Profit zu vermehren. Wichtig ist allerdings, daß den Arbeitern mit einer „reinen Steigerung der Löhne“ nicht gebient ist, eben weil die Preise der Produkte stets wieder talscher anziehen als die Löhne. Wichtig ist ferner, daß den Arbeitern und der ganzen deutschen Wirtschaft, wenn auch nicht nur, wie die Unternehmer sagen, so doch wesentlich geholfen werden kann durch eine vermehrte und vor allen Dingen verbilligte Produktion. Diese Aufgabe zu lösen ist aber die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr imstande, oder wenn doch, so nur auf Kosten der Arbeiterklasse. Denn die durch